

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

3. – 9. Februar 2024

**Am 8. Februar wurden die weiteren Ernennungen in der Regierung bekannt gegeben.** Die nunmehr vollständige Regierung umfasst vierzehn Personen, die in ihren Ämtern bestätigt wurden, während nur acht Mitglieder der Regierung keine vorherige Ministeriumserfahrung haben. Der bemerkenswerteste Ressortwechsel fand im Bildungsministerium statt. Amélie Oudéa-Castera wird von der ehemaligen Justizministerin Nicole Belloubet ersetzt, behält jedoch das Ressort für Sport und die Olympischen Spiele. Der ehemalige Minister für Digitales, Jean-Noël Barrot, wird Europaminister und ersetzt somit Laurence Boone. Jean-Noël Barrot hat den Titel eines stellvertretenden Ministers, im Gegensatz zu Laurence Boone, die sich mit dem Titel eines Staatssekretärs (2022-2024) begnügen musste.

**Der Vorsitzende und Gründer der Partei Modem, François Bayrou, der der „Veruntreuung öffentlicher Gelder“ verdächtigt wurde, ist am 5. Februar in der Affäre um die EU-Parlamentsassistenten freigesprochen worden.** Fünf ehemalige Europaabgeordnete der Partei wurden hingegen zu Bewährungsstrafen verurteilt. Außerdem müssen sie Geldstrafen leisten und dürfen zwei Jahre lang nicht gewählt werden.

**In Frankreich ist ein innenpolitischer Streit über die nukleare Abschreckung und deren „europäische Dimension“ entbrannt.** Die Rechtspopulistin Marine Le Pen bezichtigte Präsident Emmanuel Macron, eine nukleare Teilhabe anderer EU-Partner, insbesondere Deutschlands, anzustreben. Im Aachener Vertrag sei schon angelegt, „unsere Atommacht zu teilen“, so Le Pen am 3. Februar auf der Plattform X. Den Hintergrund für die Polemik bildet eine sicherheitspolitische Rede des französischen Präsidenten vor den Kadetten der Karlberg-Akademie bei seinem Staatsbesuch in Schweden. Hier sprach Macron von der europäischen Dimension der nuklearen Abschreckung. „Die vitalen Interessen Frankreichs sind teilweise europäisch“, sagte er. Daraus ergebe sich auch eine besondere Verantwortung für die nukleare Abschreckungsfähigkeit.

**Bundeskanzler Olaf Scholz und Frankreichs neuer Premierminister Gabriel Attal haben im Rahmen des Antrittsbesuchs Attals in Berlin die Bedeutung der Zusammenarbeit der beiden Länder vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen betont.** Die Fähigkeit, sich als Deutsche und Franzosen abzustimmen, sei angesichts der angespannten Lage in der Welt wichtiger denn je, sagte Attal mit Verweis auf die Kriege in der Ukraine und in Nahost

**Am 7. Februar gedachte Frankreich der 42 französischen Opfer des Hamas-Angriffs vom 7. Oktober in Israel.** Die Zeremonie wurde von Emmanuel Macron im Invalidendom in Paris geleitet, an der Familienangehörige der Opfer sowie Vertreterinnen und Vertreter verschiedener politischer Parteien teilnahmen. Der Terroranschlag vom 7. Oktober war der tödlichste Angriff auf Franzosen seit dem Anschlag in Nizza am 16. Juli 2016. Der Élyséepalast teilte vor der Zeremonie mit, dass derzeit auch eine Gedenkfeier für die „französischen Opfer der Bombardierungen in Gaza“ in Betracht gezogen wird. Für Aufregung sorgte die Teilnahme von Parteivertretern der linkspopulistischen La France Insoumise. Die Familien der französischen Opfer hatten im Vorfeld der Gedenkfeier darum gebeten, dass die Linkspopulisten nicht teilnehmen.

**Die Pariser stimmten am 4. Februar mit 54,55% für die Verdreifachung der Parkgebühren für SUVs und andere besonders große Autos.** Die sozialistische Bürgermeisterin Anne Hidalgo kündigte über ihren WhatsApp-Feed an, dass die neuen Gebühren zum 1. September eingeführt werden sollen. Der Pariser Stadtrat soll im Mai final über die Frage beraten. Insgesamt betrifft die Maßnahme fast 16% der Fahrzeuge, die im Großraum Paris unterwegs sind, d.h. fast 900.000 Autos in der Region Île-de-France, davon 129.000 in Paris. Insgesamt gingen nur 5,68% der 1,3 Millionen registrierten Wähler zur Abstimmung.

Das französische Außenministerium hat am 5. Februar den russischen Botschafter in Frankreich einberufen, um die jüngsten russischen Luftangriffe in der Ukraine sowie eine „gegen Frankreich gerichtete Desinformationskampagne“ zu verurteilen. Bei einem Luftangriff auf Beryslav, einer kleinen ukrainischen Gemeinde am Nordufer des Flusses Dnepr nahe der Frontlinie waren am 1. Februar zwei französische Helfer ums Leben gekommen. Das französische Verteidigungsministerium hatte zudem ein „koordiniertes Manöver Russlands“ zur Verbreitung falscher Informationen identifiziert.

Mehrere Industriehäfen in Frankreich, darunter Marseille und Le Havre, waren am 7. Februar von einem Streik der Hafearbeiter der Gewerkschaft CGT betroffen. Die Hafearbeiter fordern eine Anerkennung ihrer schweren Arbeit, um eine bessere Frühverrentung zu erreichen. Dank eines Branchentarifvertrags können Hafearbeiter ihre volle berufliche Laufbahn anrechnen lassen, wenn sie vier Jahre vor dem gesetzlichen Rentenalter in den Ruhestand gehen. Dieses war letztes Jahr im Rahmen der Rentenreform von 58 auf 60 Jahre angehoben worden. Die Hafearbeiter fordern mit ihren Streiks auch, dass die Regierung „10 Milliarden Euro in die Hafeninfrastruktur investiert, damit die französischen Häfen nicht gegenüber ihren italienischen und spanischen Nachbarn ins Hintertreffen geraten“.

Der deutsch-französische Politologe und Publizist Alfred Grosser ist tot. Grosser im Alter von 99 Jahren in Paris verstorben. Der aus einer jüdischen Familie stammende Professor zählt zu den prägenden Persönlichkeiten der deutsch-französischen Beziehungen.



#### PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

**Xavier Bertrand kündigt seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2027 an.** Der Präsident der Region Hauts-de-France, der bei der Vorwahl der Partei Les Républicains im Jahr 2022 ausschied, erklärte am 3. Februar in der Zeitung *Ouest France* seine Ambitionen für die nächste Präsidentschaftswahl. Sein Ziel sei es, die extreme Rechte zu besiegen.

#### DIE ZAHL DER WOCHE

3	4	7
0	8	5
2	6	1
5	3	2
7	9	1
4	2	6
8	9	0
9	2	1

Freiwillige haben in der sogenannten „Nacht der Solidarität“ 3500 Obdachlose in den Straßen von Paris gezählt. Die Zahl ist im Vergleich zum Jahr 2023 um 16% gestiegen. Die meisten Obdachlosen befinden sich im Stadtkern von Paris sowie den nordöstlichen Arrondissements. Drei Viertel der Betroffenen leben auf der Straße; ein Viertel in besonders prekären Situationen an der Pariser Stadtautobahn *Périphérique*, in Métrostationen oder in den Stadtwäldern von Boulogne und Vincennes. Bei der letzten Kältewelle kündigte die französische Regierung zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von 120 Millionen Euro an, was landesweit 10000 zusätzlichen Wohnplätzen entspricht.